

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Dienstag, den 11. Oktober 1881.

Nr. 472.

Die „Macht der Verhältnisse“.

Wir verdanken der Rede, welche der diesmalige Kandidat der Konservativen, Herr Balzer, im Wolff'schen Saale gehalten, jedenfalls eine der geflügeltesten Worte, welche sich lange im Munde der Leute erhalten werden. Herr Balzer ist Freihändler, aber die „Macht der Verhältnisse“ wird ihn bestimmen, event. auch für die Schutzölle zu stimmen; Herr Balzer ist gegen das Tabakmonopol, aber die „Macht der Verhältnisse“ wird ihn veranlassen können, trotzdem auch für dasselbe einzutreten.

Wir unsererseits bedauern, daß Herr Balzer sich so ausgesprochen, wir bedauern noch mehr, daß dieser Ausdruck, daß die „Macht der Verhältnisse“ die Richtschnur seines Handelns bilden solle, im Kreise von Konservativen erfolgt ist, ohne Widerspruch in der Versammlung zu finden. Ohne in der Versammlung irgendwie gedrängt zu sein, völlig aus freien Stücken, erklärte sich Herr Balzer in zwei so wichtigen Fragen, wie Freihandel und Tabakmonopol, zum Opfer seiner besseren Ueberzeugung bereit. Wir glauben, im Interesse der Kandidatur des Herrn Balzer wäre es besser gewesen, er hätte sich geradezu als Schutzölner und für das Tabakmonopol ausgesprochen. Jetzt wird Herr Balzer weder die Freihändler, noch die Schutzölner, weder die Anhänger, noch die Gegner des Tabakmonopols für sich haben. Herr Balzer hat sich nach unserer Auffassung damit zwischen zwei Stühlen gesetzt.

Wir wollen hier nicht darauf hinweisen, wessen man sich von Herrn Balzer etwa zu versehen haben dürfte, sobald derselbe erst einmal wirklich im Gedränge des Parteistreibens im Reichstage steht und den auf ihn einströmenden Beeinflussungen ausgesetzt ist. Wir wollen hier nur darauf aufmerksam machen, daß von den zahlreichen anwesenden Konservativen auch nicht ein einziger gegen den großen Spielraum, welchen Herr Balzer dieser „Macht der Verhältnisse“ in seinen Ueberzeugungen einräumen wollte, Verwahrung eingelegt hat. Wir beklagen dies im Namen der Konservativen. Die Konservativen rühmen sich sonst ihrer Prinzipien; sie rühmen ihre Ueberzeugungstreue als unerschütterlich; sie wollen der Fels im wogenden Kampfe der Parteien sein. Herr Balzer wird nach seiner Erklärung kaum Anspruch darauf machen dürfen, ein solcher Fels zu werden. Um so mehr wäre aber eben deshalb eine Erklärung eines andern Herrn am Platze gewesen, daß die übrigen Konservativen keineswegs dieser „Macht der Verhältnisse“, sondern ihren unentwegten Prinzipien zu folgen entschlossen sind. Denn man kann nicht zwei Herren dienen. Man dient entweder dem Freihandel oder dem Schutzöl; man ist entweder für oder gegen das Tabakmonopol und ebenso kann man auch nur entweder an Prinzipien halten, oder sich der „Macht der Verhältnisse“ unterwerfen wollen.

Oder aber ist Herr Balzer wirklich mit dieser seiner „Macht der Verhältnisse“ der eigentliche Typus unserer Stettiner konservativen Partei? Wir müssen es mit Bedauern aussprechen: fast scheint es so. Wir wenigstens werden irre an unseren hiesigen Konservativen. Wir verstehen nicht, wie dieselben, um mit ihrem jetzigen Führer Herrn Andrae-Roman zu reden, in den fortschrittlichen Ring unserer Stadt eine Besäße zu legen vermeinen und wie sie gleichwohl in den jahrelangen kommunalen Kämpfen unserer Stadt die Hände völlig in den Schoß zu legen oder gar mit den Fortschrittler Hand in Hand zu gehen vermögen. Oder glauben die Herren wirklich, die Fortschrittspartei im Staate politisch bekämpfen, in kommunaler Hinsicht aber mit ihr liebäugeln zu können? Wollen sie wirklich der „Macht der Verhältnisse“ derart Rechnung tragen, daß sie in Berlin als Konservative mit dem Reichskanzler, in Stettin als Fortschrittler mit dem Herrn Dr. Amelung gehen? Glauben die Konservativen wirklich, daß sie im Reichstage der Steuerreform sich anschließen, in den kommunalen Verbänden aber die alten Schäden bestehen lassen können? Oder halten sich etwa die Herren Konservativen für solche Kämpfer und Lasten für zu gut? Unser Reichskanzler Fürst Bismarck scheint sich nicht, auf die mancherlei Uebelstände der Berliner kommunalen Verwaltung hinzuweisen und dieselben anzugreifen. Die Pflicht

der Konservativen würde es sein, diesem Beispiele überall zu folgen und die Fehler der Fortschrittspartei auch in den kommunalen Verhältnissen zu bekämpfen. Oder glauben die Konservativen wirklich, die Aufgaben ihrer Partei gelöst zu haben, wenn sie einzig und allein alle drei Jahre einmal zur Reichstagswahl ein Komitee ad hoc einsetzen und sich nur zur Zeit der Wahl an die Wähler wenden? Glauben sie wirklich, wenn sie überhaupt eine lebensfähige Partei bilden wollen, den Mäßen der kommunalen Kämpfe länger entgegen, eine ständige Organisation ihrer Partei länger verweigern zu können? Es ist wahr, diese kommunalen Kämpfe sind nicht immer angenehm, es ist dort mitunter sehr unangenehm, Opposition zu machen, es ist dort nicht immer gestattet, der „Macht der Verhältnisse“ sich widerstandlos hingeben zu können. Wenn es aber in Stettin überhaupt eine konservative Partei geben soll, wird sich dieselbe auch unmöglich den Pflichten entziehen können, welche jede Partei im kommunalen Leben hat.

Deutschland.

Berlin, 10. Oktober. Von der Pyrenäischen Halbinsel kommt die interessante Kunde von der Zusammenkunft der Könige von Spanien und Portugal. König Alfons ist dem Könige Dom Luis bis an die Grenze entgegengefahren, und haben beide Monarchen sich am Sonnabend nach Cáceres, Hauptstadt der gleichnamigen spanischen Provinz (im Norden von Extremadura) begeben, wo die feierliche Eröffnung der Bahnhofs-Malpartida erfolgte; durch letztere wird die Entfernung von Lissabon nach Madrid um 127 Kilometer und die Fahrzeit um 11 Stunden (bisher 33, jetzt 22 Stunden) verkürzt. Sowohl die spanische als die portugiesische Presse betrachtet diese Entrevue als einen wichtigen Schritt zu der von beiden Seiten erstrebten Iberischen Union. Daß sie damit das Richtige getroffen, ergibt sich aus dem telegraphischen Bericht über die Zusammenkunft, als deren Ergebnis nach einer Meinung von „W. T. Z.“ aus Madrid von gestern man die Einleitung von Besprechungen zum Zweck der Verknüpfung der materiellen Interessen beider Länder durch eine Zollvereinigung oder gegenseitige Zugeständnisse auf dem Zollgebiete und die Herstellung einer sehr innigen Verbindung in den internationalen Fragen bezeichnet.

Wie die „N. Fr. Pr.“ mitteilt, sind die Beratungen der österreichisch-ungarischen Zollkonferenz am 7. d. M. bis zum Abschlusse des ersten Stadiums gediehen. Die informative Diskussion wurde rücksichtlich des ganzen Zolltarifs durchgeführt, und jeder Theil ist nun über die Intentionen des andern unterrichtet. Bezüglich gewisser Punkte besteht auch bereits ein prinzipielles Einvernehmen; bezüglich der anderen wurden die vorgebrachten Anträge nur ad referendum genommen. Der Schwerpunkt der Verhandlungen, über richtiger gesagt, des abzuschließenden Handels liegt in der Kompensation „Wollwaren gegen Getreide und Mehlzoll“. Der deutsche Export nach Oesterreich-Ungarn würde, wenn dieser Handel zwischen den beiden Reichshälften zu Stande kommt, mit doppelten Nutzen gestrichen werden.

Musland.

Paris, 8. Oktober. Der Abt des Ministeriums Ferry, sich noch vor dem Zusammenritte der Kammern zurückziehen, wird ziemlich allgemein entgegengehalten, daß es seine Pflicht sei, sich vorher vor der Kammer zu rechtfertigen; eine große parlamentarische Diskussion über die innere und äußere Lage müsse der Bildung des neuen Kabinetts vorangehen. Dieser Forderung, gegen die sich wenig einwenden läßt, wird wohl auch Rechnung getragen werden müssen. Die mit Stetigkeit zu erwartenden Kammerverhandlungen über Tunis werden viel Staub aufwirbeln. Neben Anklagen und Beschuldigungen wird es Vorschläge aller Art regnen. So bereitet die Rechte einen Antrag auf Bildung einer besonderen Armee für Algerien vor, damit die Opfer der allgemeinen Dienstpflicht nicht zum Kampfe gegen die Araber verwandt werden, sondern geworbene Truppen den Schutz der Kolonie übernehmen.

Daß die Franzosen in Algerien den Arabern an Fanatismus nicht nachsehen, lehrt der Beschluß des Generalrathes der Provinz Constantine, der

jetzt tagt; derselbe sprach einstimmig den Wunsch aus, „Oberst Negrier habe eine Handlung der Kraft und der Gerechtigkeit vollzogen, als er die Ruba von Uled-Sidi-Scheik dem Boden gleich machte, man habe aber die Tragweite dieser That nun durch den beabsichtigten Wiederaufbau dieser Ruba abgeschwächt und das Andenken des Leutenants Caneyrie und der unglücklichen Soldaten nicht geachtet, deren Gräber von den Arabern geschändet wurden. Der Generalrath spricht den Wunsch aus, die für den Wiederaufbau der Ruba bestimmten 50,000 Frs. möchten den Opfern des algerischen Aufstandes zugewandt werden.“ Der Präsekt wollte diesen Wunsch als die allgemeine Politik berührend nicht gelten lassen und verlangte die Vorfrage, die jedoch verworfen wurde, worauf der Präsekt den Sitzungssaal verließ.

Um die Mitte dieses Monats soll eine französische Expedition von Tunis gegen Keirouan aufbrechen, um dort den Mittelpunkt der arabischen Rebellion in dem südlichen Theile der Regentenschaft zu brechen. Die Stadt gilt in den Augen aller Muselmänner des westlichen Afrika in hohem Grade als eine heilige, nicht nur wegen der Legenden, die sich an die Stadt knüpfen, wegen der Heiligen des Islams, die dort gelebt und begraben sind, sondern auch wegen der geschichtlichen Erinnerungen und ihres Ursprungs. Keirouan wurde wahrscheinlich auf der Stelle der römischen Niederlassung Vicus Augusti erbaut, um als Mittelpunkt für die Verbreitung des Islam im westlichen Nordafrika zu dienen. Die Stadt ist bis jetzt niemals in die Hände der Ungläubigen gefallen oder sie hat mannigfache Schicksale erlebt und ist von ihrer einstigen Blüthe zur Zeit der Dynastie der Aglabiden sehr heruntergekommen. Damals soll Keirouan 30 Quartiere umfaßt haben, deren jedes so groß war wie die jetzige Stadt. Der Rückgang datirt schon aus dem 12. Jahrhundert. Jetzt ist die Stadt nichts weniger als glänzend und die Umgebung ist überaus steril. Der Markt von Keirouan wird von Hammamet versorgt, das 70 Kilometer entfernt ist. Der Zug der Franzosen gegen diese heilige Stadt wird aber ohne Frage den Fanatismus der Araber aufs Höchste steigern. Straßenplakate in Mekka fordern schon jetzt die Pilger auf, ihre Brüder in Keirouan pekuniär zu unterstützen.

Dokar de Tunis beginnt heute seine Enthüllungen über Tunis im „Intransigent“ mit der Enfa-Affaire und berichtet, wie dieselbe glücklich ausgeglichen und die ganze Expedition vermieden worden wäre, wenn die Vertreter der „Société Marcellaise“ nicht das von tunesischer Seite angebotene Abstandsgehalt um 150,000 Frs. zu niedrig gefunden hätten.

Nom, 8. Oktober. Nachdem das Projekt einer Reise des Königs Humbert nach Wien und Berlin vorläufig ad acta gelegt ist, schien es, als ob der Gedanke eines Anschlusses Italiens an das deutsch-österreichische Bündniß überhaupt aufgegeben wäre. Daß dies nicht der Fall, daß der Gedanke vielmehr nach wie vor in maßgebenden Kreisen ernsthaft verfolgt wird, erhellt aus folgenden offiziellen Mittheilungen, die der „Vol. Corr.“ aus Rom zugehen:

Als der gegenwärtige Minister des Aeußern, Herr Mancini, und dessen trefflicher Generalsekretär, Baron Blanc, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Italiens übernahmen, stellten sie ein klares, entschiedenes Programm der auswärtigen Politik Italiens auf, welches in der Erklärung gipfelt, daß es die Aufgabe des gegenwärtigen Kabinetts sei, das einigermassen erschütterte Vertrauen in die Unvergänglichkeit, Loyalität und Friedensliebe Italiens zu befestigen, mit allen Mächten in Frieden und Eintracht zu leben und den Beweis für den Ernst und die Aufrichtigkeit dieser Politik mehr durch Handlungen und durch die ganze Richtung der auswärtigen Politik zu liefern. Der enge Anschluß an Oesterreich-Ungarn und das ihm verbundene Deutschland stand und steht noch an der Spitze dieses Programms, welches mit jenen der genannten beiden Großmächte den aufrichtigen Wunsch nach Erhaltung des Weltfriedens gemein hat. Man muß es dem gegenwärtigen Ministerium in Italien zum Lobe nachsagen, daß dasselbe sein Möglichstes gethan hat, dieses Programm zu verwirklichen und seine Frie-

densliebe und Loyalität durch Thaten zu beweisen. Wenn gegenwärtig die Gerüchte und Meldungen über einen engeren Anschluß Italiens an Oesterreich-Ungarn und Deutschland weniger laut auftreten, so dürfte daraus keineswegs zu folgern sein, daß etwa das Bestreben Italiens nach Anschluß an die erwähnten beiden Mächte als erfolglos oder innerer Rücksichten halber unrealistisches aufgegeben worden sei. Im Gegentheil waren die Beziehungen Italiens zu den beiden erwähnten Großmächten nie bessere und herzlichere, als eben jetzt, und die in der öffentlichen Diskussion der erwähnten Annäherungsversuche eingetretene Pause dürfte eher dahin zu verstehen sein, daß die Unterhandlungen in Betreff der praktischen Durchführung sich jenem Punkte nähern, wo die Worte der Thatfachen weichen. Nicht als Allianzvererber für egoistische Zwecke, sondern als gewichtiger Faktor für die Erhaltung des Weltfriedens will Italien und sucht es, sich dem d. h. österreichischen Friedensbunde anzuschließen und die jene Garantien zu bieten, um die Aufrichtigkeit und den Ernst der seinerseits inaugurierten Politik zu beweisen. Was der Aktion des gegenwärtigen Kabinetts und dessen auswärtiger Politik einen größeren Nachdruck verleiht, ist die Gewißheit, daß das ganze Land, oder doch die immense Majorität der Bevölkerung hinter ihm steht, daß das Bedürfnis nach Erhaltung des Friedens und somit nach einer Kombination, welche die Erhaltung des Friedens verbürgt, in Fleisch und Blut der ganzen Nation übergegangen ist, daß man in Italien einsteht und anerkennt, daß gewisse Utopien bloß das Ansehen Italiens gefährden, ihm Demuthigungen und Schäden zuziehen, und daß eine loyale, offene Friedenspolitik allein im Stande ist, Italien aus der Isolierung zu retten.

Wenn Italien diesem Programm treu bleibt, so dürften etwaige Bemühungen eines zukünftigen Ministeriums Gambetta, Italien wieder zu Frankreich hinüberzuführen, schwerlich Erfolg haben.

Provinzielles.

Stettin, 10. Oktober. Die zu heute Abend 8 Uhr vom „Liberalen Wahlverein“ nach dem Elysium-Theater einberufene „Wählerversammlung“ war von gegen 400 Personen besucht und wurde von Herrn Kommerzienrath Hafer mit ungefähr folgenden Worten eröffnet:

„Aus den öffentlichen Blättern wird Ihnen bekannt geworden sein, daß unser Verein in seiner August Sitzung einmal den Beschluß gefaßt hat, den Herrn Kommerzienrath Schultze zu der diesmaligen Reichstagswahl wiederum als Kandidaten aufzustellen und ein zweiter Beschluß dahin ging, mit der anderen liberalen Partei (nämlich Wahlverein der Fortschrittspartei. D. Red.) Abschlüsse zu treffen, diese Kandidatur auch ihrerseits zu unterstützen. Herr Schlutow rechnete sich unsern Beschluß zur hohen Ehre an und wollte heute hier sein politisches Glaubensbekenntniß entwickeln. Der Tod seines Vaters hindert ihn indes, der Versammlung beizuwohnen und haben wir uns daher in seiner Abwesenheit darüber schlußig zu machen, ob wir die aufgestellte Kandidatur aufrecht erhalten wollen. Herr Schlutow ist uns kein neuer Mann, er hat eine kurze, aber inhaltsreiche parlamentarische Vergangenheit hinter sich und mehr gehalten als er versprochen. Seine Abstammungen, seine Reden und sein ganzes Verhalten auf dem politischen Kampfsplatz kennen Sie und wissen daher, daß er mit vollem Ernste und allem Fleiße sein Ehrenamt verwaltet hat. Bezüglich unseres zweiten Beschlusses, eine Verbindung mit der kürzlich hier konstituirten Fortschrittspartei, mit deren Zielen wir uns im Grunde ja identifizieren können, anzubahnen, so wissen Sie wiederum aus den öffentlichen Blättern, welchen Gegenbeschlusse diese Partei gefaßt und in einer Resolution niedergelegt hat. Ich fühle mich nicht berufen, diese eigenenthümliche Resolution einer Kritik zu unterziehen, nur fühle ich mich verpflichtet, anzuerkennen, daß das Verhalten des Central-Komitees in Berlin ein loyales und korrektes gewesen ist.“ Bevor Redner in eine Diskussion eintreten lassen will, ertheilt er das Wort Herrn Dr. Dohrn:

„Meine Herren, mein Freund Schlutow hat mich gebeten, mit Rücksicht auf seine betrübenden Familienverhältnisse eine Worte an Sie zu richten, die seinen Anschauungen über einige politische Fragen neuesten Datums Ausdruck geben sollen. Es

handelt sich um das Aufstehen der Monopolmacht, eine Merkwürdigkeit jüngster Tage, welche aus der Fremde importiert ist und uns jetzt als eine nationale Erbschaft hingestellt wird. Im Vordergrund der Diskussion steht die Frage des Tabakmonopols. Unsere Presse hat darüber ausführlich berichtet. Nun aber ist ein Gedanke, wie die Erbschaft aus demselben verwendet werden sollen, erst in den letzten Wochen zu Tage getreten. Der Abgeordnete Eugen Richter hat bei der Frage der event. Entschädigung der in erster Reihe durch das Monopol in Mitleidenschaft gezogenen Fabrikanten, Händler und Arbeiter einen Rechenfehler gemacht, indem er einen Posten doppelt gerechnet hat; dieser Fehler hat die „Nordd. Allg. Ztg.“ veranlaßt, längere Auseinandersetzungen über diesen Gegenstand zu bringen und ist sie dabei zu dem Ende gekommen, die Frage der Entschädigungen en bloc zu verneinen, indem sie die Erträge als Patrimonium der Erbschaften verwenden will. Die ca. 40,000 brodbrotlos werdenden Arbeiter sollen nicht entschädigt werden. Ich kenne die Absichten der Regierung nicht, meine Herren, aber diese Äußerungen der „N. A. Z.“ haben mich auf das Besten berührt. Bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen sind viele Entschädigungen gezahlt und bei der Monopolisierung des Tabakhandels beträgt die aufgestellte Summe der geplanten Entschädigungen nur 700 Millionen Mark d. h. so viel ungefähre wie für eine Eisenbahn bezahlt worden ist. Die Allgemeinheit zu stützen gegenüber Sonderbestrebungen ist unsere Aufgabe und nicht die Proklamierung des Grundgesetzes von Konfiskationen oder die Verherrlichung des vom Reichskanzler mit Protest von sich gewiesenen Grundgesetzes „Macht geht vor Recht“. Dießem Gedanken wollen wir uns angeschlossen und nicht diesen Grundgedanken auskommen lassen, durch den die Frage des Privateigentums und der Privatrechte zu Krämpfen führen würde, deren Ende ich mir nicht vorstellen mag. Der zweite Monopolgedanke hat noch nicht so feste Form angenommen, ist trotzdem aber nicht so schmerzhaft aufzunehmen, wie ihn Eugen Richter jüngst behandelte, als er dabei auf Josephs Traum von den 7 fetten und 7 mageren Jahren hinwies. Es ist vorläufig nur ein in die Luft geworfener ballon d'essai, der aber eine feste Gestalt erhalten kann — die Monopolisierung des Getreidehandels, mit der im innigen Zusammenhang auch eine event. staatliche Regulierung des Brotpreises steht. Redner entwickelt darauf in längerer Rede, an der Hand historischer Daten, Namen und Ereignisse, die Nachweise, die z. B. in Frankreich durch wiederholte Verjagung dem Volk und Lande erwachsen sind, den Getreidehandel in die Hand des Staates zu legen. Er schließt seine beifällig aufgenommene Rede mit den Worten: „Sehr eigenhümlich muß es berühren, wenn derartige Dinge aus dem Ausland uns jetzt als nationale Gerichte aufgestellt werden; das Rezept, sich der nationalen Flagge zu bedienen, ist ein bekannter nationaler Schwindel.“ Herr Schlutow stellt sich zu diesen Fragen wie Redner selbst und sei daher ein durchaus geeigneter und empfehlenswerter Kandidat. — Hiernach wird in die Diskussion getreten.

Dr. Wolff: Ich habe es nur mit Freude begrüßt, daß der Vorsitzende sich auf eine Kritik der Resolution der Fortschrittspartei nicht eingelassen hat, denn ich kann mich nicht enthalten, die Hoffnung auszusprechen, daß die Herren, die sich zu dieser Resolution bekennen, trotzdem nicht danach handeln. Ich begreife, daß vielleicht einige Männer Herrn Schlutow nicht zu ihrem Kandidaten machen mögen, aber ganz gegen die Lehre des liberalen Central-Komitees in Berlin zu handeln, scheint mir der gerühmten Konsequenz der hiesigen Fortschrittspartei nicht zu stimmen. Was ist das für eine liberale Partei, wenn sie überhaupt noch eine Partei ist, die ihren Angehörigen frei gibt, event. den Gegner zu wählen? Ist das prinzipielle Konsequenz? Ich nenne es Eigenfinn! Herr Dr. Amelung ist so weit gegangen, sich für die mögliche Stichwahl die Hinterbühne offen zu lassen. Ich hoffe zur Ehre der Herren, zu ihrem liberalen Sinn, zu ihrer Konsequenz, daß sie nicht so handeln werden, daß es zur engeren Wahl kommt, sondern daß sie auf „lokale Zäsuren verzichten“ und dem früher so lebhaft bekämpften Kandidaten, der sich aber jetzt ein außerordentliches Ansehen geschaffen hat, ihre Stimmen geben werden. Die Selbstüberwindung der Herren vom Central-Komitee der Fortschrittspartei in Berlin hat mich aufrichtig erfreut und hoffe ich, daß die hiesigen Anhänger nach der dort abgegebenen Barolle handeln werden. (Lebhaftes Bravo.)

Agent Pankow tritt nach einer etwas unbedeutenden Einleitung, die sich gegen die Bürgerpartei zu wenden schienen und mit anhaltenden Applaus begleitet wird, für die Wahl Schlutow ein.

Kartoffelhändler Bill jagt sich berufen, die Rechte der Bürgerpartei zu vertreten und glaubt, daß man derselben zu Dank verpflichtet sein müsse, daß sie voll und ganz für den gemeinsamen Kandidaten eintreten wolle. (Bravo.)

Kommerzienrat Quistorp: Ich bin viel leicht der einzige Konservative in dieser liberalen Versammlung und das erste Mal in meinem Leben in einer größeren Volksversammlung, deshalb bitte ich um Nachsicht, wenn ich vielleicht über die Stränge der parlamentarischen Ordnung schlage. (Der Vorsitzende unterbricht den Redner mit der Bemerkung, daß dies zu verhüten seine Sorge sein werde.) Er habe ein offenes Wort an Herrn Dr. Dohrn zu richten. Er möge verzeihen, wenn ich dem ihm gespendeten Bravo nicht habe heimstatten können. Seine historischen Mitteilungen entfern-

ten sich weit von der Praxis, er hat uns viel von ungelegten Eiern erzählt, wo es doch genug gelege gibt. Ich hätte es von meinem Standpunkt genügend anerkannt, wenn er uns aufgeklärt hätte, wie Herr Schlutow zu all den unglückseligen Gesetzen steht, die als gelege Eier bereits da sind, so z. B. zu dem Altiengesez (Gelächter), der Gewerbefreiheit, der Schankfreiheit, der Theaterfreiheit und zu den Freiheiten, mit denen wir in den letzten zehn Jahren beglückt sind. Das ist der Grund, weshalb die Konservativen Front gemacht haben gegen die liberalen Parteien. Ich bin überzeugt, daß es nach diesen wenigen Worten hagebild über mich hergehen wird.

Ein Herr Brieß montiert an der Rede des Herrn Dr. Dohrn und geht gegen die Liberalen zu Felde. „Mir fällt ein einziger Passus darin auf. Bis 1848 loben Sie die liberale Partei, und schildern die Konfliktzeit als bekannt. Dem Ministerium Bismarck rief die Partei entgegen: „Diesem Ministerium keinen Groschen!“ Als aber Sadowa geschlagen war, fürchteten sich die liberalen Parteien. (Riesiger Lärm, der den Redner nicht verständlich macht. Auf eine Anfrage des Vorsitzenden, ob Redner hier ansässig sei, antwortet derselbe, er sei aus Berlin. Der die Versammlung überwachende Polizei-Regimentant erkennt in dem Sprecher den aus Berlin ausgewiesenen Sozialdemokraten Brieß und muß derselbe nunmehr das Theater verlassen.)

Dr. Wolff: Um durch die Äußerung des Vorredners keine falschen Ansichten auskommen zu lassen, möchte ich erwähnen, daß Herr Dr. Dohrn mit seiner Rede eben nur klar legen wollte, welches Verdict der Liberalismus um die Entwicklung des nationalen Gedankens gehabt habe. Etwas früher nehme ich die Äußerungen des Kommerzienraths Quistorp. Ich bin dem Herrn zu Dank verpflichtet, daß er hier gesprochen hat. Wer aber in der Praxis in einer Haut gefickt hat und noch steht wie Herr Quistorp in Bezug auf das Altiengesez, der sollte sich am allermeisten hüten, gegen ein Gesetz sich aufzuheben, das die Konservativen mitgeschaffen haben. Es zeigt dieses Auftreten, wohin es mit unseren Konservativen gekommen ist. Sie gehen darauf hinaus, alles, was in der Zeit des liberalen Gedankens durchgeführt ist auf volkswirtschaftlichem Gebiete, möglichst schnell umzuwerfen, ich nenne das revolutionär unter der Maske des Konservativismus. Herr Schlutow hat mich ausdrücklich autorisiert zu erklären, daß er wohl bereit wäre, an einer Verbesserung, nie aber an einem Umsturz dieser Gesetze mitzuwirken. Er würde sich nie zu den revolutionären Ideen des Sozialismus bekennen. (Bravo.)

Dr. Dohrn. Nach den Ausführungen des Herrn Vorredners kann ich mich außerordentlich kurz fassen. Es ist doch sehr bezeichnend, daß Herr Quistorp und ein ausgewiesener Sozialdemokrat in Berlin gemeinsam gegen unseren Kandidaten Opposition machen. Wenn Herr Quistorp vorhin erklärte, er sei jeder Zeit bereit, über sein Verhalten zur Ritterschaftsbank Auskunft zu geben, so bedauere ich nur, daß dies nicht 10 Jahre später ist, da so lange der Konkurs der Bank wohl noch dauern wird und erst dann das Altiengesez eine Probe ablegen kann, welcher Art die Verantwortlichkeit des Kuratoriums der Bank den Gläubigern gegenüber sein wird.

Kommerzienrat Quistorp. Ich habe mir von vorn herein klar gemacht, was mir hier bevorsteht. Doch erkläre ich nochmals, daß ich jeder Zeit die Verantwortlichkeit für die Ritterschaftsbank Privatbank zu übernehmen Willens bin. Niemand hat dabei mehr gelitten als ich, mein schweres Vermögen und mein guter Name ist verloren gegangen. Ich erkläre, daß an dieser meiner Hand kein unheiliger Groschen gelebt. Herr Dr. Wolff hat der konservativen Partei revolutionäre Tendenzen imputiert. Meiner Ansicht nach heißt konservativ nur die uns gut erscheinenden Gesetze zu konservieren und die schlechten der Neuzeit abzuschießen.

Arbeiter Vert. (?) Ich möchte Herrn Quistorp fragen, ob das auch zur Gewerbefreiheit gehört, wenn ein Pastor mit Holzhackeln und weißen Sand handelt. (Anhaltende Heiterkeit.)

Kommerzienrat Haker schließt hierauf die Versammlung.

— Dem Kaufmann Herrn J. Sommerfeld hier selbst ist auf einen Spiritus-Roch-Apparat ein deutsches Patents-Patent (sub Nr. 39352) erteilt worden.

— Dem Superintendenten a. D. Mäcker zu Potsdam, bisher zu Jastrow, im Kreise Dt. Krone, ist der königliche Kronen-Orden 3. Klasse verliehen worden.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Robert der Teufel.“ Oper 5 Akten.

Der Musikdirektor und Professor Richard Wärsch, geboren am 22. Februar 1824, ist gestern, Sonntag, den 9. Oktober, Vormittags 9 Uhr, durch einen plötzlichen Tod von seinem Tagewerk abgerufen.

Bemischtes.

Bremen, 8. Oktober. Der Postdampfer „Elke“, Kapl. E. Reist, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 28. September von Bremen und am 29. September von Southampton abgegangen war, ist heute 7 Uhr Morgens wohlbehalten in Newyork angekommen. — Der Postdampfer „Mosel“, Kapl. J. Hesse, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 25. Sep-

tember von Bremen und am 27. September von Southampton abgegangen war, ist heute 9 Uhr Morgens wohlbehalten in Newyork angekommen.

— (Kindermund.) Kind: „Wo geht denn Papa und Mama hin?“ — Tante: „In die Kirche.“ — Kind: „Was thun sie dort?“ — Tante: „Sie beten zum lieben Gott.“ — Kind: „Was wollen sie denn haben?“

— Die Kugellammer im königlichen Schlosse ist eines der interessantesten kleinen Gelasse, zu welchem dem Publikum der Zutritt nicht gestattet ist. In derselben liegen seit langen Jahren vier große Kanonenkugeln, nach denen das Gemach seinen Namen erhalten hat. Wie diese Geschosse dahin gekommen sind, erzählt die „Tägliche Rundschau“: Im Jahre 1631 kam bekanntlich der König Gustav Adolf nach Berlin, um mit dem Kurfürsten Georg Wilhelm zu unterhandeln. Während dessen waren die schwedischen Geschosse unsern der Stadtneinseite aufgeföhren worden, um im Falle des Mißerfolges der Verhandlungen sofort ihr Feuer gegen Berlin zu eröffnen. Eine Einigung der beiden Herrscher war jedoch bald erzielt und so befahl nun Gustav Adolf, statt der feindlichen Begrüßung Freundschaftsschüsse abzugeben. Wie erschrocken aber die guten Berliner, als statt des erwarteten Jubelbonners plötzlich ein Eisenhagel in die Dächer schlug! Glücklicherweise dauerte die Angst nicht lange, denn das Bombardement wurde schon nach den ersten Schüssen wieder eingestellt; die tapferen Schweden hatten nämlich — nur vergessen, die Geschosse von dem gefährlichen Theil ihres Inhaltes zu entladen. Die vier Kugeln, die durch die Bedachung des kurfürstlichen Schlosses schlugen, werden aber zum Andenken an jenen Irrthum noch heute in der genannten Kammer aufbewahrt.

— Im Rafos-Palote bei Budapest hat sich vorgestern, wie der „W. A. Z.“ telegraphirt wird, ein blutiges Familien drama abgespielt. Die Mutter war die unwillkürliche Mörderin ihres Kindes, der Mann aus Wuth hierüber der Mörder seiner Frau, und der Mörder, auf Weib und Kind blickend, welche beide tod niedergestreckt vor ihm dalagen, wurde von Reue und Verzweiflung gefaßt, und erkannte sich am nächststehenden Baume. Die näheren Umstände dieser grausigen That sind folgende: Freitag, den 7. Oktober, ging ein Bauer mit seinem Weibe und dem achtmonatlichen Kinde auf die Weide, um zu mähen. Zur Mittagszeit ging der Bauer weg und lehnte die Sense an einen Baum; dieselbe fiel so unglücklich auf das unter dem Baume liegende Kind, daß demselben die Kehle durchschnitten und der sofortige Tod des Kindes verursacht wurde. Als der Bauer zurückkehrte und das Unglück sah, wurde er von so heftiger Wuth gegen seine Frau erfüllt, daß er ein Messer zog und dasselbe der Frau in die Brust steckte. Sobald er Blut fließen sah, bereute er die That und erkannte sich am nächststehenden Baume. Dort gewahrten ihn mehrere des Weges kommende Bauern, nahmen ihn herunter und trugen ihn und die Frau, Beide in leblosem Zustande, in's Dorf.

— (Historische Reliquien.) In Paris ist gegenwärtig eine Sammlung von Reliquien König Ludwigs XVI. und seiner Familie ausgestellt. Dieselben wurden von dem treuen Kammerdiener des unglücklichen Königs, Clery, der mit ihm durch 5 Monate die Gefangenschaft im Temple theilte, gerettet und werden gegenwärtig von dem Enkel Clery's als unschätzbare Kleinodien aufbewahrt. Man sieht daselbst die Silberdekoration des Ordens vom heiligen Geiste, welchen der König trug; ein Amulet aus Silber, welches der König seit seiner Kindheit auf der Brust hatte und welches Reliquien des heiligen Petrus und des heiligen Andreas enthält; ein wohlgetroffenes Miniaturporträt Ludwigs XVI.; die Wäsche, welche der unglückliche König in der Nacht vor seiner Hinrichtung trug, sowie die Bücher, deren er sich im Temple bediente; ein großes Taschenmesser mit den königlichen Lilien auf dem Handgriffe; ein kleines Messer mit abgerundeter Klinge, welches dem königlichen Gefangenen von seinen Wächtern gegeben worden war; eine kleine Felle aus der Schloßwerkstätte des Königs; dann ein von der Königin Maria Antoinette an den Grafen von Provence, nachherigen Ludwig XVIII., gerichtetes eigenhändiges Schreiben, dem der Ring beigelegt war, den ihr der König an seinem Todestage durch Clery hatte übermitteln lassen. Dieses Autograph hat folgenden Wortlaut: „Nachdem ich endlich ein Mittel gefunden habe, unserm Bruder eines der wenigen Unterspänder anzuvertrauen, welche uns von demjenigen übrig bleiben, welchen wir Alle liebten und Alle beweinen, glaube ich, daß es Ihnen sehr lieb sein wird, etwas zu haben, was von ihm kommt; bewahren Sie es als Zeichen der innigsten Freundschaft, mit welcher ich Sie von ganzem Herzen umarme. M. A.“ Ferner befindet sich in der Sammlung ein eigenhändiges Schreiben des Königs Ludwig XVIII., datirt aus Mittau, 11. Juli 1798, an Clery, mittelst dessen demselben der Orden vom heiligen Ludwig überreicht wird. Zu den werthvollsten und rührendsten Andenken gehören wohl drei Kleider, welche dem unglücklichen Dauphin gehörten: ein Paar aus grüner, ferner ein Jäckchen und ein Beinkleid aus gestreifter Seide.

Telegraphische Depeschen.

Bremen, 10. Oktober. Der hiesigen geographischen Gesellschaft ist aus Petersburg folgende Nachricht zugegangen: Nach einem aus Wladivostok eingetroffenen Telegramm traf das Kriegsschiff „Strelak“, welches aus der Brang-Sce zurückkehrte, wo es bis zum 67. Grad nördlicher Breite gekreuzt hatte, die Bremer Expedition der Gebrüder

Dr. Krause in bestem Wohlbefinden und war derselben beifällig.

Baden-Baden, 10. Oktober. Se. Majestät der Kaiser hat in Folge einer leichten Erkältung gestern das Zimmer nicht verlassen und war auch beim Militärkonzert, sowie im Konversationshause, welches die Frau Großherzogin gestern besuchte, nicht erschienen. Heute befindet sich der Kaiser erheblich besser und wird zum Diner erscheinen.

Stockholm, 10. Oktober. Gegen Morgen brach in den Vorrathsräumen des königl. Theaters Feuer aus. Man hofft, bis jetzt noch die Bühne und den Salon zu retten; es herrscht ein starker Wind.

Wien, 10. Oktober. Die hiesigen Morgenblätter melden: Der Vertreter Oesterreich-Ungarns in Cetinje, Oberst Thömmel, machte der Regierung von Montenegro Vorstellungen wegen Unterlassung von Maßnahmen zur Verhinderung der Auswanderung landwirthschaftlicher Vörschafen nach Montenegro und ersuchte um deren Auslieferung. Senatspräsident Vozo Petrovics erwiderte, die Regierung habe die Kreisvorstände angewiesen, die ausgewanderten Vörschafen in glücklicher Weise zur Assentierung zu überreden. Die Auslieferung dieser Flüchtlinge könne aber nicht veranlaßt werden, weil die Bevölkerung von Montenegro ihre bedrängten Verwandten nicht festnehmen lassen und die gewaltsame Rückführung der Flüchtlinge Blutvergießen provozieren würde, da die Bevölkerung Widerstand leisten würde und weil endlich eine Auslieferungskonvention bezüglich Militärpflichtiger nicht bestehe. Petrovics sagte mögliche moralische Einflußnahme der Regierung auf die Flüchtlinge Befehle ihrer Rückkehr in die Vörsche zu.

Paris, 9. Oktober. Die Freiheitlichkeit in St. Quentin ist ohne besondere Zwischenfälle verlaufen. Der Enthusiasmus ist sehr mäßig, also der Bedeutung des Ereignisses entsprechend gewesen, wozu man der Bevölkerung dieser Stadt nur gratuliren kann. Die Abwesenheit des am Tage der Vertheidigung von Quentin, den 8. Oktober 1870, besonders bekannt gewordenen damaligen Präfecten, Anatole de la Forge wird vielfach kommentirt. Meistens wird angenommen, daß der letztere nicht habe die zweite Rolle neben dem General Farre spielen wollen. Das gambettische Organ „Paris“ bringt Auszüge aus dem Artikel des Fehren. v. d. Goltz über Gambetta. Der Verfasser dieses Artikels wird wegen seiner „Unparteilichkeit“ mit Lobspriechen überhäuft.

Der Abg. Bazaure, langjähriger Berichterstatter über das Kriegsbudget ist nach Tunis abgereist, um Daten über die Angelegenheiten der Militärverwaltung zu sammeln.

London, 10. Oktober. Wie der „Daily Telegraph“ wissen will, hätte England bei Frankreich angefragt, ob es geneigt sei, gemeinsame Maßregeln zum wirksamen Schutz der englischen und französischen Unterthanen in Egypten zu ergreifen. Frankreich habe sich damit einverstanden erklärt und würden in Folge dessen ein englisches und französisches Panzerschiff unverzüglich nach Alexandrien abgehen.

Leeds, 8. Oktober. Auf einem heute hier abgehaltenen großen Meeting hielt der Premier Gladstone eine Rede, in welcher er die liberale Partei beglückwünschte, zur Ausführung des Berliner Vertrages hinsichtlich Montenegros und Griechenlands beigetragen zu haben, und die englische Invasion in Afghanistan einer vernünftigen Kritik unterzog. Dieselbe habe lediglich den Erfolg gehabt, die Afghanen aus Freunden Englands zu dessen Feinden zu machen und so das moralische Hinderniß zwischen Indien und dem russischen Reich hinwegzuräumen. Wie haben uns, erklärte Gladstone weiter, namentlich fast vollständig von dieser thörichten und verbrecherischen Unternehmung zurückgezogen und einige der unglücklichsten Erinnerungen und der schmerzhaftesten Aufzeichnungen in den Blättern unserer Geschichte auszuwischen vermocht. Bezüglich Egyptens bemerkt der Premier, die Politik der liberalen Partei werde darauf gerichtet sein, streng im Einvernehmen mit der verbündeten und befreundeten französischen Regierung zu handeln, um die Wohlfahrt Egyptens sicher zu stellen. Wir werden zu verhindern suchen, daß Schwierigkeiten zwischen Egypten und dem Sultan aufkommen, und ich hoffe, daß wir es mit Erfolg thun werden. Bezüglich der Verhältnisse mit dem Transvaallande äußerte Gladstone: Wir sind eingeladen worden, die Verhandlungen betreffs unserer Konvention mit dem Transvaallande wieder zu eröffnen; es ist möglich, daß in einzelnen Detailfragen die Bedingungen der Konvention abgeändert werden können; ich weiß nicht, was das Resultat sein wird, wir hoffen, daß die Konvention bald ratifizirt werden wird. Aber wir werden immer die Interessen der zahlreichen eingeborenen Bevölkerung des Transvaallandes und die Rechte Englands vor Augen haben und gewissenhaft hochhalten. Der Premier schloß seine Rede mit der Erklärung, daß die Politik der liberalen Partei die Politik des Friedens und der Gerechtigkeit sei.

Kairo, 10. Oktober. Die englischen und französischen Kontrolleure der Finanzkommission machten den Mitgliedern der türkischen Mission Besuche, aber die Konsuln des Reichs hielten sich fern. Die türkischen Kommissarien halten mit Cherif Pascha eine längere Konferenz, wobei sie bestätigten, daß ihre Mission ein Zeugniß der Sympathie des Sultans für den Khedive sei, und sich bezüglich der Militär-Emule und der Zusammenberufung der Notablenversammlung erteilten.